

Stromerzeugung

Netzausbau wird wohl teurer als geplant

Wegen des Ausbaus der erneuerbaren Energien sind laut neuem Netzentwicklungsplan zwei weitere Höchstspannungsleitungen notwendig. Dadurch steigen die Kosten deutlich.

4. Februar 2019, 20:13 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, Reuters, js / [527 Kommentare](#)



Mit großen Erdkabeln soll der Strom von den Offshore-Parks in der Nordsee in den Süden transportiert werden. © Roland Weihrauch/dpa

Durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sind nach Berechnungen der Netzbetreiber zwei weitere Nord-Süd-Höchstspannungsleitungen notwendig. Das geht aus dem neuen [Netzentwicklungsplan](https://www.netzentwicklungsplan.de/de/besonderheiten-des-nep-2030-2019) [https://www.netzentwicklungsplan.de/de/besonderheiten-des-nep-2030-2019] der Netzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW hervor. Die beiden zusätzlichen Leitungen sollen vor allem Windstrom von Schleswig-Holstein über Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis nach Baden-Württemberg transportieren. Empfehlungen für konkrete Trassen enthält der Entwurf nicht.

Die Kosten für den zusätzlichen Netzausbau [https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-08/energiewende-netzausbau-peter-altmaier-optimierung-tempo] betragen dabei rund 52 Milliarden Euro. Das sind laut einer Sprecherin des Netzbetreibers Tennet etwa 20 Milliarden Euro mehr als bisher. Die Anbindung der Windparks in Nord- und Ostsee könnte bis 2030 bis zu 24 Milliarden Euro kosten.

Die Empfehlungen der Kohlekommission seien dabei in dem Entwurf noch

nicht berücksichtigt, hieß es. Allerdings entspreche der Vorschlag der Kommission fast exakt einem der von den Netzbetreibern entwickelten Szenarien für den Netzausbau. Derzeit sind drei große Nord-Süd-Verbindungen in Planung. Sie sollen 2025 fertig werden. Die Baukosten landen über die Netzentgelte auf den Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher – insgesamt sind ein Viertel der Stromkosten Netzgebühren.

Die Bundesnetzagentur muss die Pläne nun prüfen. "Wir werden uns das ganz genau anschauen", kündigte der Vize-Präsident der Behörde, Peter Franke, auf einer Energiekonferenz in Essen an. So werde etwa geprüft, ob vorhandene Trassen ausreichend genutzt werden. In der Vergangenheit habe die Bundesnetzagentur die Kostenschätzungen der Betreiber teilweise um bis zu ein Drittel gekürzt. Durch den Netzausbau soll das Ziel der Bundesregierung abgesichert werden, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 von zuletzt gut 40 auf 65 Prozent zu steigern.

Grüne wollen mehr Transparenz beim Netzausbau

Die Grünen forderten mit Blick auf den Netzentwicklungsplan mehr Transparenz beim Netzausbau. Nur wenn die Bürger "echte Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung der Trassen vor ihrer Haustür haben, können wir beim Netzausbau Tempo machen", sagte die Grünen-Energiepolitikerin Ingrid Nestle. In der Vergangenheit gab es immer wieder Widerstand von Anwohnerinnen, Landwirten und Umweltschützern gegen den Bau neuer Stromtrassen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßte den Plan dagegen. Er verdeutliche die Notwendigkeit eines zügigen Netzausbaus. Es sei vollkommen klar, dass die Ziele beim Ökostrom zusätzlichen Netzausbau erforderten. Die Politik müsse deshalb mit aller Kraft für die Akzeptanz der Baumaßnahmen werben, forderte BDEW-Hauptgeschäftsführer Stefan Kapferer.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) teilte mit, dass mit dem Entwurf nun Klarheit über den erforderlichen Umbau der Stromnetze auch nach einem Kohleausstieg bestehe. "Bundesregierung, Länder und Übertragungsnetzbetreiber müssen jetzt alle Kräfte bündeln, um den Netzausbau zu beschleunigen", sagte Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner.



In der nächsten Zeit kann nun die Öffentlichkeit Stellung zu dem Entwurf der Netzbetreiber nehmen. Die Frist dafür endet am 4. März 2019. Die Stellungnahmen fließen dann in den zweiten Entwurf des Plans ein, der anschließend der Bundesnetzagentur zur Prüfung übergeben wird.